

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbände- und Bezirks-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Hirsch-Bund)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/222.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,  
Verlagsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/222.  
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 4720.

Nr. 27.

Berlin, Sonnabend, 4. April 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis:

12. ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter. — Die neuerliche Gestaltung des Truistproblems. — Wo bleibt das Jugendgerichtsgesetz? — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbände-Zeit. — Literatur. — Anzeigen.

## 12. ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter. (Schluß.)

Die Beratungen der Gewerksvereinsangelegenheiten mußten am Donnerstag, den 26. März, unterbrochen werden, um die Generalversammlung der Kranken- und Begräbniskasse des Gewerksvereins ordnungsgemäß eröffnen zu können. Dem ausführlichen Massenbericht, den der Hauptkassierer Naab für den Zeitraum 1911—1913 erstattete, sind folgende Zahlen zu entnehmen: An Krankengeld wurden gezahlt 586 303,78 Mk. an Begräbnisgeld 30 928,76 Mk., die persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten betragen 93 897,06 Mk. Die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen beliefen sich auf 670 336,99 Mk., aus Eintrittsgeldern auf 3416,50 Mk., aus Zinsen und anderen Einnahmen auf 40 967,92 Mk. Trotz der hohen Leistungen war innerlich noch ein Ueberblick gegenüber den Ausgaben zu verzeichnen; er betrug 3591,79 Mk. Das Gesamtergebnis beläuft sich auf 355 674,84 Mk. Interessant ist auch ein Ueberblick über die Krankenstatistik. An Erkrankungsfällen waren 33 480 zu verzeichnen mit 496 328 Krankentagen. Darunter veranlaßten 259 Unfälle 10 300 Krankentage. Sterbegeld wurde in 469 Fällen gewährt.

Ein Bericht der Revisoren bestätigte die Richtigkeit des Massenberichts.

Für die sehr ausführliche und übersichtliche Aufstellung des Massenberichts wurde dem Hauptkassierer allseitig Dank und Anerkennung zum Ausdruck gebracht. Später wurde dann in die Beratung der Anträge zur Kranken- und Begräbniskasse eingetreten. Weibliche Mitglieder sollen in Zukunft nur in der 4. Mk.-Stufe aufgenommen werden. Die durch die letzte Generalversammlung erfolgte Erhöhung des Krankengeldes um 50 Pf. in jeder Stufe konnte nicht ausreicht erhalten werden, zumal das Krankengeld bereits vom 1. Tage ab gezahlt wird. Eine Minderheit sprach sich für Beibehaltung des Krankengeldes in der bisherigen Höhe aus und befürwortete die Einführung einer Karenzzeit. Eine Erhöhung der Grenze des Eintrittsalters, die zurzeit 50 Jahre beträgt, mußte gleichfalls abgelehnt werden. Bezüglich der Bewahrung des Begräbnisgeldes wurde allgemein der Wunsch ausgesprochen, daß der nächsten Generalversammlung durch den Hauptvorstand ein Plan mit neuen Beitrags- und Unterstützungssätzen vorgelegt wird. Dem soll entsprochen werden.

Durch die Aufhebung des Hilfskassengesetzes und Unterstellung der Kranken- und Begräbniskasse unter das Versicherungsvertragsgesetz machte sich eine andere Fassung des Statuts notwendig. Der Entwurf zu einem solchen, der mit dem kaiserlichen Aufsichtsrat vereinbart war, lag der Generalversammlung vor und wurde eingehend beraten. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Antrag angenommen, nach welchem Mitglieder, wenn sie aus dem Gewerksverein austreten, auch das Recht verlieren, der Kranken- und Begräbniskasse anzu-

gehören. Die Durchberatung des 55. Paragraphen umfassenden Statuts war eine schwierige Aufgabe, die eine längere Zeit in Anspruch nahm. Die Wahlen wurden entsprechend den Wahlen zum Gewerksverein vollzogen.

Die Beschlüsse in Angelegenheiten des Gewerksvereins treten, soweit nicht anders bestimmt ist, vom 1. Oktober 1914 in Kraft. Das Gehaltsregulativ für die Beamten wurde beibehalten. Die Versicherungsbeiträge derselben werden ganz auf die Hauptkasse übernommen. Schließlich ist noch nachzutragen, daß an Stelle des Zentralratsvertreters Kollegen Wendland, der auf eine Wiederwahl verzichtete, Kollege Wosch-Berlin gewählt wurde. Nach der Ueberlieferung des Vororts nach Berlin treten die 3 geschäftsführenden Beamten in den Zentralrat ein. Die nächste Generalversammlung findet in Berlin statt.

Im ganzen ist bezüglich der Tagung zu sagen, daß sehr fleißig gearbeitet worden ist. Nur wenige Stunden waren der Erholung gewidmet. Und auch diese wurden noch durch Kommissions-sitzungen ausgefüllt. Am Donnerstag Nachmittag besichtigten die Abgeordneten auf Einladung der Stadt die städtische Gasanstalt und die städtischen Krankenanstalten. Die Besichtigung gab interessante Einblicke in die gewerblichen und sozialen Einrichtungen Düsseldorf. Die Führung, die sich auch durch die Parkanlagen der Stadt erstreckte, hatte der Ortsverbandsvorsitzende Kollege Jägershofen übernommen.

Am Schluß der Verhandlungen gab der Hauptvorsitzende, Kollege Muckisch, einen kurzen Ueberblick über die Verhandlungen. Aufgabe der Abgeordneten sei es die Beschlüsse den Mitgliedern klar zu machen und in der Öffentlichkeit zu vertreten. Der Vorsitzende der Generalversammlung, Kollege Schod, dankte zunächst der Stadt für das freundliche Entgegenkommen, dem Ortsverband und seinem Vorsitzenden für den Empfang der Delegierten und den Mitwirkenden an der so schön verlaufenen Begrüßungsfeier. Dankesworte richtete er auch an den Vertreter des Verbandes für fleißige Mitarbeit bei den Beratungen. Dem Kollegen Sahm dankte der Vorsitzende im Namen der Organisation für seine 40jährige Tätigkeit und sprach die Hoffnung aus, daß dem Kollegen noch recht lange Gelegenheiten gegeben wird, seine Erfahrungen und seine Kenntnisse dem Gewerksverein zur Verfügung zu stellen. Kollege Wrede sprach seine Freude über die korrekte Führung der Geschäfte der Generalversammlung durch das Bureau derselben aus und hofft auf ein glückliches Wiedersehen auf der Generalversammlung in Berlin. Alle diese Schlüssreden fanden freudigen Wiederhall. Lebhaften Beifall erntete auch der Verbandssekretär Neustedt für seine anfeuernden Schlussworte. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Gewerksverein gingen die Delegierten auseinander. Möge die Generalversammlung und ihre Beschlüsse dem Gewerksverein recht viel Erfolg bringen!

## Die neuerliche Gestaltung des Truistproblems.

Die Bedeutung der großen Frage, ob die heutige Gesellschaft dulden will, daß das Aktienkapital immer mehr, freie Gewerbetätigkeit in Privatmonopole verandere, ist immer noch im Wachstums. Das Ursprungsland der Truists, die Vereinigten Staaten, ist der Schauplatz ihrer größten Ausbildung geworden; zugleich hat sich dort auch die heftigste Volksbitterung gegen sie entfaltet. Dort wurde im November 1912 die republikanische Partei

gestürzt, weil sie nur Scheinkämpfe aufführte, während die Truists ihren Bestand leibe, immer mehr überwucherten und nebenbei die Parteifassen der Republikaner füllten. Die Entzündung darüber verhalf den Demokraten zum Siege. Jetzt sind diese reichlich ein Jahr im Amte und sie haben wenigstens durch die Herabsetzung des Zolltarifs einen großen Schlag gegen die Truists geführt; zu einer fühlbaren Eindämmung des Uebels hat das aber noch nicht ausgereicht.

Ja, es scheint sogar, als ob die Regierung in Washington den Truists ihren Bestand leibe, sofern deren Laten sich im Ausland abspielen. Obwohl der Petroleumtrust offen beschuldigt wird, das revolutionäre Unheil in Mexiko veranlaßt zu haben, steht die nordamerikanische Regierung auf Seiten der Revolution. In Argentinien will der nordamerikanische Fleischtrust sich ein zweites Reich erobern. Im eigenen Gebiete bekämpft ihn Wilsons Regierung, im fremden Lande aber schützt sie ihn.

Aus Nordamerika vermischt man Hornesausbrüche, weil Deutschland durch das Petroleummonopol die Amerikaner von der Versorgung seines Marktes ausschließen wolle. Das ist nun nicht einmal wahr, denn die Beteiligung nordamerikanischer Lieferanten steht gerade im Programm des Monopols. Und weiter wird darüber geklagt, daß das Staatsmonopol viele Geschäftseinrichtungen der Standard Oil Company, also des Petroleumtrusts, entwerten werde. Das würde allerdings eintreten. Aber haben wirklich die Amerikaner ein Recht, sich darüber zu entristen, sie, die ohne Erbarmen, ohne Entschädigung in ihrem eigenen Lande und dann auch in Deutschland das gesamte freie Petroleumgeschäft von ebendem einfach ersticht und erwirgt haben, ohne den Geschädigten einen Pfennig zu geben? In die Erörterung der Frage, ob das deutsche Reichs-petroleummonopol eine ratsame Maßregel sei, soll hier gar nicht eingetreten werden; sicher ist, daß dessen Anhänger und Gegner in Deutschland über die Richtigkeit der Ansprüche des amerikanischen Petroleumtrusts völlig einig sind. Dieser und sein Anhang in der Presse gebenden sich aber, als könnten sie auf die Unterstützung der Regierung zu Washington rechnen.

Unterdessen dringt noch ein anderer, in den Vereinigten Staaten selber verfolgter, ja durch Gerichtsbeschlüsse förmlich „aufgelöster“ Trust in Deutschland ein: der Tabaktrust. Tausende Listen, Zug und Trug kennzeichnen seine Praktiken. Ihm angegliederte Unternehmungen klagten wegen Beleidigung, wenn man ihnen ihre Beziehungen zum Trust vorkäufte. Aber von den deutschen Gerichten werden sie regelmäßig abgewiesen, weil die inkriminierte Behauptung eben wahr ist; immerhin haben sie einige Wochen oder Monate lang die gekränkte Unschuld spielen können. Unterdessen wächst das Uebel. Bisher hat es nur die Zigarettenfabrikation ergriffen. Es besteht aber eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß es auch auf andere Zweige der Tabakindustrie übergreifen wird.

Außerordentlich würde die Gefahr aber wachsen, wenn es dem Trust gelänge, auch den Roh-tabakhandel in seine Gewalt zu bringen. Hoffentlich erweist sich das als unmöglich; aber bei den ungeheuren, sich auf viele Hunderte von Millionen Mark erstreckenden Kapitalien des amerikanischen und des mit ihm Hand in Hand arbeitenden englischen Tabaktrusts ist es noch nicht entschieden, ob sie nicht so eng begrenzte und doch so wichtige Produktionsgebiete wie z. B. die Umgegend von Havana und die Plantagen auf

Sumatra und Java in ihre Hand bringen können. Bei den holländischen Unternehmungen ist das nur eine Frage des Preises. Deren Aktien sind ja doch in Amsterdam käuflich, und niemand weiß, wie viel schon unter der Hand vom Trustkapital aufgekauft worden sind. In den Vereinigten Staaten, wo 1913 die Tabakernte auf über 450 Millionen Kilogramm im Werte von 85 Millionen Dollar (457 Millionen Mark) geschätzt wird, hat der Trust schon einen solchen Anlauf gemacht, der allerdings vorläufig von den Farmern abgelehnt worden ist. Es handelte sich dabei nicht um den Ankauf des Tabakgeländes, sondern um die Befestigung jeder Möglichkeit für die Farmer, an andere Abnehmer als die Bevollmächtigten des Trusts zu verkaufen. Die Formen solcher Erdrosselungsversuche können wechseln, die Gefahr wird immer groß bleiben, schon deshalb, weil für Tabakbau geeignetes Land auf dem Erdball nur wenig vorhanden ist. Gelingt dem Trust die Monopolisierung der Produktion oder des Handels mit Rohtabak, so wird seine Position vorerst unannehmbar.

Es ist außerordentlich schwer zu sagen, wie sich die bürgerliche Gesellschaft solcher Niesenklängen erwehren wird. Die Engländer haben die Amerikaner erfolgreich bekämpft, indem sie selbst einen Tabaktrust gegründet haben, der allerdings dann schon nach einem Jahre in Interessengemeinschaft mit dem amerikanischen Trust getreten ist. Deutschland will im Petroleumgeschäft das Staatsmonopol gründen, das jedoch das genordete freie Gewerbe auch nicht wieder lebendig macht. So verhängnisvoll die Ausdehnung der Staatsmonopole sein kann, sie ist immer noch besser als die Herrschaft der Privatmonopole, auch inländischer, namentlich aber ausländischer.

### Wo bleibt das Jugendgerichtsgezet?

Ende vorigen Jahres nahm ich an einer Gerichtsverhandlung gegen zwei jugendliche „Bösewichter“ teil. Zwei Knaben hatten eine gefährliche Dummheit begangen; sie hatten kleine Metallstücken auf Eisenbahnschienen gelegt. Zwar hatte der Zug das Hindernis passiert, ohne daß Schaden oder gar Personen beschädigt worden wären. Immerhin, eine tüchtige Strafe mochte am Plage sein, wenn ich mich auch erinnere, daß seinerzeit Bonner Storkpflücker etwas ganz Ähnliches und noch Gefährlicheres gemacht hatten, wo der Zug einer Kleinbahn tatsächlich hätte entgleisen können. Diese wurden aber zu ganz geringen Geldstrafen verurteilt.

Im obigen Falle wurde der eine Knabe im Alter von acht Jahren der Zwangsverziehung überwiesen. Der andere, der soeben das zwölfte Jahr überschritten und somit das Alter der Strafmindeigkeit erreicht hatte, mußte 1 1/2 Jahr ins Gefängnis wandern. Es hätte einen Stein erweichen können, als man den Knaben, der gar nicht böseartig veranlagt war, sondern nur eine recht mangelhafte Erziehung genossen hatte — sein Vater lebte nicht mehr — das Urteil vernehmen sah. Die helle Verzweiflung sprach ihm aus den Augen. Man merkte, er fühlte sein ganzes Leben vernichtet. Man sah ihn auch alsbald lebhaftig schon in die Mitte der Gefängnisgesellschaft verfeilt, den Erzählungen der abgefeimten Ströcke ausgeföhelt, die Mitleid in die bürgerliche Gesellschaft geradezu vertrammt. Was wohl aus dem noch werden mag!

Wer einmal solchen Fall miterlebt hat, der ist immer zum Anhänger der Jugendgerichtsreform geworden. Leider sind solche Fälle nicht selten, wenn auch nicht immer so kraß. Die Verurteilungen Jugendlicher sind sogar im Wachfen begriffen. Die Statistik zeigt, daß zwar von 1906 bis 1909 die gerichtlichen Strafen für Jugendliche abgenommen haben. Dann hat sie zwei Jahre geschwankt, aber 1912 ergibt sich wieder eine erhebliche Steigerung, und zwar ist diese stärker als bei den Erwachsenen. Bei letzteren beträgt sie 5,2 Prozent, bei den ersteren 7,9 Prozent. Im ganzen wurden 1912 sage und schreibe 54 902 solcher unglücklicher Personen unter 18 Jahren wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze verurteilt. Eine erschreckliche Zahl!

Diese Tatsache ist der stärkste Beweis für die Notwendigkeit der Reform der Jugendgerichtsbarkeit. Denn wenn man auch bei uns nachsehen sehr zweifelhaft sein kann, ob die Strafen zur Besserung führt, bei Jugendlichen muß man es annehmen, denn diese sind noch nicht dazwischen. Nur muß die Strafe der Besserungsmöglichkeit angepaßt sein.

Nun hat sich zwar in Deutschland seit dem Jahre 1908 wo das erste Jugendgericht nach amerikanischem Muster in Frankfurt a. M. eingerichtet wurde, die Zahl der Jugendgerichte bis auf 556 vermehrt. Dieser Siegeszug ist ein glänzender

Beweis für die Notwendigkeit der Einrichtung. Aber die gesetzliche Unterlage fehlt, und so sind die Jugendgerichtsbehörden häufig sehr unbillig und unvollkommen geblieben. Ihre Verallgemeinerung und gesetzliche Ausbildung ist darum recht dringend. Unter diesen Umständen muß man so laut wie möglich fragen: Warum stellt der Reichstag das Jugendgerichtsgezet nicht fertig? Die Richter selber setzen unter dem Zwange, daß sie mit der Jugend nicht so verfahren können, wie sie möchten.

Schon seit Jahren ist der Reichstag an der Arbeit. Die Reform des Verfahrens gegen die Jugendlichen hatte schon in der vorigen Legislaturperiode dem Reichstage vorgelegen als Teil der großen Strafprozessreform. Man hatte sich sogar über den Teil, der die Jugendlichen betraf, ziemlich geeinigt. Da kam der Schluß der Session und die Neuwahlen im Januar 1912. Bereits im Herbst vorigen Jahres brachte die Regierung sofort die Novelle für die Jugendlichen, jetzt für sich, wieder ein, und der Reichstag boriert sie auch sehr gründlich. Schon seit Juni vorigen Jahres ist die Kommission fertig. Seitdem schweigt des Sängers Höflichkeit, und man muß am Ende befürchten, daß die Novelle in der Verantung verhängt wird. Denn am Freitag ist das Haus in die Osterferien gegangen. Nach Ostern aber ist die paar Wochen bis Simmelfahrt, wo der Reichstag sich vertagen will, noch so viel Beratungsstoff vorhanden, daß sicher nicht alles erledigt werden kann. Im nächsten Winter aber wird kaum noch ein Wenig Lust haben, den recht abgelagerten Stoff wieder hervorzuholen.

Warum diese unbegreifliche Jaghaftigkeit in einer so wichtigen Sache? Man ist sich über das Wesentliche der Reform durchaus einig: Jugendliche werden im öffentlichen Interesse in der Regel nicht mehr angeklagt. Der Staatsanwalt hat ihnen also nur noch in Ausnahmefällen etwas zu sagen. Die Jugendgerichtsbehörden erhalten besondere Jugendrichter und besondere Schöffen, die die Jugend kennen, z. B. Lehrer. Das Vorverfahren wird sehr eingehend und gründlich gefastet. Unter Umständen kann nach der Vorunterjudung von einer Anklage abgesehen werden. Die Unterjudung erfolgt in Räumen, die von denen der Erwachsenen getrennt sind, und in einer humanen Weise. Die Strafen bestehen in Verwarnung, Ueberweisung zur Judt an den gesetzlichen Vertreter oder die Schulbehörde, Zürioregerziehung oder Schutzauflast. Die Schutzauflast kann Vereinen übergeben werden, ein Verfahren, mit dem man schon recht gute Ergebnisse erzielt hat. Natürlich bleiben für schwere Fälle auch noch Haft- und Gefängnisstrafen, aber auch in besonderen Abteilungen für Jugendliche. Außerdem ist bei den Jugendlichen der Strafausschub zu erleichtern. Schon jetzt wird bei vier Fünfteln der vorhandenen Jugendgerichte Strafausschub zugebilligt. Die Öffentlichkeit der Verhandlungen kann ausgeschlossen werden.

Nur über zwei Punkte heuzt bei den Beratungen in der Kommission Streit. Die Kommission hat das Straf mündigkeitsalter vom 12. auf das 14. Jahr heraufgesetzt. Unter 14 Jahren soll also kein Kind mehr angeklagt werden können. Die Regierung hat dagegen Widerspruch erhoben. Alle Sachverständigen aber stehen hier hinter dem Reichstage. Sodann hat die Frauenbewegung große Anstrengungen dafür gemacht, daß Frauen als Jugendrichterin berufen werden können, und der Reichstag scheut sich seinerseits, diese an sich zweifellos berechtigten Forderungen abzulehnen, andererseits der Regierung entgegenzutreten, die dazu ein Unannehmbar erklärt hat. Diese zwei Streitpunkte sind aber doch wahrhaftig zu überwinden.

Die Erfahrungen, die man bei uns mit den Jugendgerichten gemacht hat, sind durchaus günstig. In Amerika ist es gelungen, zwei Drittel derjenigen, die mit dem Strafgezet zusammengekommen waren, wieder auf den geraden Weg zurückzuführen. Statt immer neue Gefängnisse zu bauen und diese voll zu stopfen, gibt es, die Jugend wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Die Wahn ist gezeigt; sie muß nur beschränkt werden. Bei uns in Deutschland erwartet man ja überhaupt viel zu viel von Strafen. Wir leiden unter zu strengen und zu vielen Strafen. Bei uns ist man viel zu leicht mit dem Vorwurf bei der Hand: die Staatsautorität ist gefährdet; da muß mit der ganzen Strenge des Gesetzes gehandelt werden. In England wurde kürzlich die Frau Panthurst zu 200 M. Geldstrafe verurteilt, weil sie bei ihrer Ankunft im Gefängnis zwei Polizisten mit der Hundepitze geschlagen hatte. Bei uns, wo der Ausdruck „Streibörer“ schon mit 5 Wochen Gefängnis geahndet wird, wäre Frau Panthurst sicher

wegen Mißhandlung von Beamten zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Man darf deshalb erwarten, daß eine Reform des Verfahrens gegen Jugendliche auch heilam auf eine Reform des gesamten Strafverfahrens wirken wird. Hermann Stöckle.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 3. April 1914.

Die Krisis in der Konkurrenzkaufelfrage nennt die „Soz. Praxis“ die gegenwärtige Situation. Das angelegene Blatt bedauert, daß man den Wünschen der Handelsangestellten nicht weiter entgegengekommen ist, schiebt aber seine Betrachtungen mit folgenden Sätzen:

„So behauerlich es ist, daß ein solches Verbot der Konkurrenzkaufel im gegenwärtigen Augenblick nicht zu erreichen ist — denn dies bleibt nach wie vor das erstrebenswerte Ziel — so ist doch anzuerkennen, daß der vorliegende Entwurf so bedeutende Vorteile bringt, daß sie nicht einer ungewissen Zukunft, einem möglicherweise noch größeren, aber unsicheren und fernem Fortschritt geopfert werden dürfen. Wer im gegenwärtigen Moment der Taube auf dem Dache nachjagt, ohne daß er den Sperling in der Hand hat, der verhängt sich nicht nur an den wirklichen Interessen der Handlungsangestellten, sondern, wie oben deutlich gezeigt, aller Arbeitnehmer überhaupt. Deshalb kommt es jetzt auch nicht mehr darauf an, welche Stellung dieser oder jener Interessentenverband zu den einzelnen hier in Betracht kommenden Fragen früher eingenommen hat, sondern es handelt sich jetzt ausschließlich darum, jollen die von den verbündeten Regierungen zugehenden Verbesserungen des gegenwärtigen Konkurrenzkaufelrechts angenommen werden oder nicht? Darauf aber kann für uns die Antwort nach den vorstehenden Ausführungen nicht zweifelhaft sein.“

Das ist ungefähr der Standpunkt, den auch wir vertreten haben. Der Konkurrenzkaufel muß und wird fallen. Wenn dies zur Zeit nicht zu erreichen ist, so halten auch wir es für besser, daß die Handelsangestellten die gemachten Zugeständnisse als eine Abschlagszahlung annehmen und den Kampf für die völlige Beseitigung der Konkurrenzkaufel mit aller Energie weiterführen.

Die Unterstützungseinrichtungen der Deutschen Gewerkschaften sind lange Zeit Gegenstand heftiger Angriffe seitens ihrer gewerkschaftlichen Gegner gewesen. Jahrzehnte lang hat man die Gewerkschaften deswegen verhöhnt und verberst. Auf die Dauer aber hat man sich nicht der Einsicht verschließen können, daß solche Unterstützungseinrichtungen durchaus segensreich sind, weil sie dem Arbeiter über manderlei Nöte des Lebens hinweghelfen, und weil sie außerdem auch ein Anziehungsmittel für die Organisation sind. Selbst die „freien“ Gewerkschaften haben sich diese Auffassung zu eigen machen müssen und trotz ihrer ursprünglichen Gegnerschaft das Unterstützungswesen in ausgedehntem Maße eingeföhrt. Ja, jetzt kann man sogar die Beobachtung machen, daß sie, die wegen dieser Unterstützungseinrichtungen die Gewerkschaften auf das heftigste geschmäht haben, sich darauf gehörig etwas zugute tun. Von Zeit zu Zeit kann man in sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsklättern eine Gegenüberstellung der Unterstützungseinstellungen der verschiedenen Organisationen finden, mit denen man den Nachweis erbringen will, daß die „freien“ Gewerkschaften mehr leisten als z. B. auch die Deutschen Gewerkschaften. Vor uns liegt wieder eine solche Aufstellung. Natürlich sind die absoluten Summen, die von den „freien“ Gewerkschaften ausgegeben worden sind, viel höher als bei uns. Das liegt eben daran, daß die Mitgliederzahl in ihnen viel größer ist. Vergleicht man aber die Ausgaben für Unterstützungen mit der Gesamtsumme, so zeigt sich, daß die freien Gewerkschaften 59,7 Prozent im Jahre 1912 ausgegeben haben, die Deutschen Gewerkschaften aber 66,2 Prozent und die christlichen Gewerkschaften nur 36 Prozent. Das sozialdemokratische Blatt erblidt darin eine Zerkleinerung, weil bei uns auch die Ausgaben für Krankenunterstützung und Begräbnisgeld eingerechnet seien. Wie ist es denn aber bei den freien Gewerkschaften? Bei vielen von ihnen gibt es bekanntlich eine sogenannte Erwerbslosenunterstützung, die auch in Krankheitsfällen gezahlt wird. Natürlich müssen da die Mitglieder entsprechend höhere Beiträge zahlen, während in den Gewerkschaften für die Krankenzusufkasse ein Extrabemühen entrichtet werden muß. Also trotz allen Gerummelns kann die Tatsache nicht aus der Welt geschafft werden, daß in den Deutschen Gewerkschaften der für Unterstützungen gezahlte Anteil von den Gesamtausgaben höher ist als bei den freien Gewerkschaften.



Im übrigen werden diese Unterstützungseinrichtungen bei uns ebenfalls nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck betrachtet. Auch bei uns sollen sie die Widerstandskraft und Unabhängigkeit der Arbeiter steigern und gleichzeitig ein Hilfsmittel für die Organisation sein.

Wieder hat der Tod eine Lücke gerissen in die Reihen unserer Besten und einen Mann dahingerafft, der in der ersten Zeit der Gewerkebewegung mit Jugendfeuer und keller Begeisterung für die Sache der Arbeiter eingetreten ist. Am 1. April ist in Danzig der Kollege

**Andreas Kammerer**

nach vollendetem 76. Lebensjahre gestorben. Seit dem Jahre 1869 war der Dahingegangene Mitglied unseres Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, für den er bis an sein Lebensende sich mit Eifer betätigt hat. Ein fester und energischer Charakter, ein Mann von Ueberzeugung, wurde er im Jahre 1887 zum erstenmal als Abgeordneter zum Delegiertentag seines Gewerkevereins gewählt, und bis zum Jahre 1902 haben ihm seine Kollegen dieses Vertrauensamt immer von neuem übertragen. Aber auch auf dem Verbandstage ist Kammerer oftmals als Vertreter seines Gewerkevereins gewesen und hat auch hier stets im Interesse der Verbandsgemeinschaft seine Schuldigkeit getan, Selbstlos und frei von jeder Tätigkeit im Interesse der Arbeiterklasse; ein ehrliches Andenken wird ihm deshalb stets in den Deutschen Gewerkevereinen gesichert sein.

Friede seiner Asche!

nachdem der Verein der Brauereien insofern weiteres Entgegenkommen gezeigt hat, als er den Tarifvertrag nur auf 4 Jahre verlängert wissen und nach 2 Jahren eine neue Lohnhöhung in Höhe von 1 Mk. bewilligen will. Bis zum Abschluß der Verhandlungen gilt der laufende Tarifvertrag als verlängert. — Dagegen sind die Schuhmacher in Berlin in den Streit getreten, weil die von den Arbeitgebern gestellten Bedingungen ihnen nicht genügen. Bezüglich des Lohns sind nur geringe Zugeständnisse gemacht worden, bei denen die Reparaturarbeiter bei den meisten Firmen fast ganz leer ausgehen; außerdem sollen die Arbeiter weiterhin auch die Zutaten liefern, und von der Einführung von Betriebswerkstätten wollen die Meister nichts wissen. — Auch in Hamburg befinden sich die Schuhmacher in einer Lohnbewegung. Die eingeleiteten Verhandlungen haben bisher kein Resultat gezeigt, obgleich die Gesellen von ihren ursprünglichen Forderungen erheblich nachgelassen haben und einen Stundenlohn von 60 Bfg. auf 3 Jahre festgelegt wissen wollen. — In der Militärmaschinenfabrik von Ahrendt in Hamburg sind die Sattler in den Ausstand getreten, weil die Firma jede Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und auch jede Unterhandlung mit den Organisationsvertretern abgelehnt hat. — Wegen Ablehnung eines neuen günstigeren Tarifs haben in Posen die Klempner am 1. April die Arbeit niedergelegt. — Bei der Firma Ademann u. Co. in Halle i. W. sind die Former und Kernmacher in den Streit getreten, weil sie sich die andauernden Akkordbühge, die in einzelnen Fällen bis 40 Pro. betragen, nicht gefallen lassen konnten. Die Firma bestreitet, daß derartige hohe Abzüge vorgenommen wurden, und bemüht sich krampfhaft, Arbeitswillige heranzuziehen. Die Polizei beobachtet den Streikenden gegenwärtig eine sehr unfreundliche Haltung und hat schon mehrfach Verhaftungen von Streikposten vorgenommen, die aber alsbald wieder entlassen werden mußten.

Schwere Kämpfe toben zur Zeit in St. Petersburg. In einer Gummiwarenfabrik sind infolge von Vergiftung durch das Arbeitsmaterial Hunderte von Arbeiterinnen ohnmächtig geworden, eine ganze Anzahl ist der Vergiftung erlegen. Darüber hat sich der gesamten Arbeiterschaft Petersburgs eine überaus starke Erbitterung bemächtigt, die darin zum Ausdruck gekommen ist, daß an 90 000 Arbeiter streiken. Bei den Zusammenstößen mit der Polizei ist leider auch Blut geflossen. — In den Kohlengruben von Yorkshire (England) streiken etwa 70 000 Bergarbeiter. Es ist aber Aussicht vorhanden, daß auf einer am Freitag stattfindenden Konferenz von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Einigung zustande kommt und die Arbeit wieder aufgenommen wird. — Auf 600 Kohlengruben in Ohio (Vereinigte Staaten) sind 50 000 Grubenarbeiter in den Ausstand getreten, weil man sich über einen neuen Tarifvertrag nicht einigen konnte.

Aus dem Lager der Gelben. Im vorigen Jahre gab es auf der Generalversammlung der Gelben in Augsburg einen gewaltigen Krach. Man stritt sich um „Prinzipien“, und weil man sich darüber nicht verständigen konnte, gab es eine Spaltung. Die Berliner Gelben nahmen für sich ein Streikrecht in Anspruch, während die Essener ein solches ablehnten. Natürlich ist der Standpunkt der Berliner Sumbag; denn was brauchen die Gelben ein Streikrecht, wenn sie davon doch keinen Gebrauch machen. Jedenfalls trennte man sich, und jetzt haben diejenigen gelben Vereine, die auf dem Boden der sogenannten Berliner Richtung stehen, untereinander sich zu einem Kartell zusammengeschlossen. Ueber 100 Vertreter sollen in Berlin versammelt gewesen sein, um diesen Plan durchzuführen. Wer die betreffende Notiz in der Presse liest, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Klamme der Vater des Bedankens gewesen ist.

Den Standpunkt der Evangelischen zum Gewerkestreik erörtert Franz Behrens, der stellvertretende Vorsitzende des Gesamtverbandes christlicher Gewerkevereine, im „Tag“. Es liegt nicht in unserer Absicht, uns mit dem Verfasser über die von ihm behandelte Frage in eine Diskussion einzulassen. Nur eine Bemerkung möchten wir etwas genauer unter die Lupe nehmen. Behrens sagt nämlich Klipp und Klar, daß die christlichen Gewerkevereine weder kirchliche noch religiöse Vereine seien, sondern wirtschaftlich-soziale Vereinigungen auf nationaler Grundlage, in denen jedes Mitglied unbedenklich seiner

nationalpolitischen, religiösen und konfessionellen Zugehörigkeit für seine Arbeiterinteressen mitwirken kann. Wenn das wirklich so ist, so fragen wir: Weshalb nennen sich jene Gewerkevereine dann christlich, wenn sie lediglich wirtschaftlich-soziale Zwecke verfolgen? Den Widerspruch sollte Herr Behrens einmal aufklären. Wie er die christlichen Gewerkevereine charakterisiert, sind sie Einrichtungen, deren Bestrebungen sich vollständig mit denen der Deutschen Gewerkevereine decken. Wenn man weder kirchliche noch religiöse Zwecke verfolgte, wozu gründete man dann noch besondere christliche Gewerkevereine? Wenn also das, was Behrens sagt, zutrifft, so haben die christlichen Gewerkevereine überhaupt keine Existenzberechtigung.

Wie wirkt man für die Genossenschaft. Es soll nicht davon die Rede sein, wie man der Konsumgenossenschaft neue Mitglieder zuführt; es soll darüber gesprochen werden, was zu geschehen hat, wenn Mitglieder aus irgendeinem Grunde die Führe der Genossenschaft verlassen wollen. Im allgemeinen sind die Austritte aus den Konsumvereinen nicht sehr zahlreich, aber es kommen doch hier und da Verstimmungen vor, auf die das Mitglied glaubt nur durch Austritt aus der bisherigen Gemeinschaft antworten zu müssen. Der Austritt jedes kaufkräftigen Mitglieds ist ein Verlust für den Konsumverein und erschwert ihm die wünschenswerte rasche Entfaltung und Ausdehnung. So viel Zeit und Mühe es in vielen Fällen erfordert, fernstehende der Genossenschaft zuzuführen, viel schwerer ist es doch, das verlorene Glied der Gemeinschaft wieder zur alten Tätigkeit zurückzuführen. Es wird drum die erste Sorge jedes Genossenschafters sein, der Absicht, aus der Genossenschaft auszutreten, mit allen Mitteln zu begegnen, die die bessere Ueberzeugung verleiht. Es wird ja bald keinen Konsumverein mehr geben, der nicht außer seinen angestellten Beamten Mitgliederkommissionen gebildet hätte, die es als ihre Lebensaufgabe betrachten, durch freundliche aber eindringliche Rücksprache jene Mitglieder von ihrem Irrtum zu heilen, die da abtrünnig werden wollen. Man kann überzeugt sein, daß kein Kapital so reichlich Zinsen trägt wie jenes, das hier aufgewendet wird, wo es sich um die ernste Rücksprache mit den verstimmten Mitgliedern handelt. Welchen Gründen und Vorwänden ist man nicht schon begegnet, und wie wenig hielten sie stand, wenn man alle den Kleinen Beschwerden, den Empfindlichkeiten, den Eifersüchtigkeiten und allen den anderen kleinen menschlichen Schwächen und Kurzsichtigkeiten die schöne Sache der Konsumtenbewegung gegenüberstellte. Und wie oft schieben die, die in einer plötzlichen Aufwallung, in einem augenblicklichen pekuniären Bedrangnis ihre Austrittserklärung abgegeben hatten, förmlich darauf zu warten, ihrem Herzen Luft zu machen. Und ein vernünftiges Für und Wider war in der Mehrzahl der Fälle mit dem Erfolge der Erhaltung des Mitglieds gekrönt. Neben dem äußeren Erfolge tritt dann hier die Möglichkeit, erborene Beschwerden zu prüfen und abzustellen. Des weiteren bedeutet jede möglich gemachte Zurücknahme einer erfolgten Austrittserklärung auch einen moralischen Erfolg insofern, als das wieder-gewonnene Mitglied und auch andere sich der Wertschätzung ihrer Mitgliedschaft bewußt werden und nun gar um so treuere Anhänger der Genossenschaft und vielleicht auch überzeugte Agitatoren unter ihresgleichen werden. Man gehe also zu den Mithutigen und Verstimmten; sie sind Menschen, mit menschlichen Schwächen behaftet. Das gültige Zurecht des Genossen darf in vielen Fällen des Erfolges sicher sein.

Nie zutreffender, der „Konsumgenossenschaft. Rundschau“ entnommenen Bemerkungen gelten auch voll und ganz für die Berufsorganisation. Möge die Mahnung deshalb im gegebenen Falle auch von unseren Kollegen beherzigt werden!

Das Frühjahrs-Programm der Freien Hochschule Berlin, das soeben erschienen ist, enthält über 70 Vortragsreihen und 5 Einzelvorträge. Betreten sind alle Wissensgebiete: Philosophie, Bildende Kunst, Musik, Literatur, Volkswirtschaft, Handelswissenschaften, Naturwissenschaften, Medizin, Technik, Photographie, Vortragskunst, Zeichnen, Stenographie usw. Besonders hervorzuheben sind Wanderungen unter Führung von Dozenten in die Mark und nähere Umgebung Berlins und mehrtägige Studienreisen. Einen freien Raum nehmen die Sprachkurse ein: Englisch, Französisch, Italienisch, Lateinisch, Russisch, Spanisch und Deutsch für Ausländer sind mit je mehreren Zöhlen vertreten.

Arbeiterbewegung. Der drohende Kampf im Berliner Brauereigewerbe ist noch nicht zum Ausbruch gekommen, und es scheint, als wenn doch noch eine Einigung möglich wäre. Die Tarifverhandlungen werden nämlich fortgesetzt

Alles Nähere ist aus dem Programm zu ersehen, das in allen Bibliotheken, Leshallen, im Verbandsbureau und bei Roeper u. Wolff & Kostenlos ausgeben wird. — Die Vorlesungen beginnen am 16. April und folgende Tage.

Die 516. Veranstaltung des Vereins für Volkserhaltungen — die letzte in dieser Saison — findet am Montag, den 13. April, nachmittags 3 Uhr im Deutschen Opernhaus, Charlottenburg statt. Zur Aufführung gelangt: „Bar und Zimmermann“, komische Oper von A. Vorhng.

### Gewertvereins-Teil.

**1 Kaiserlautern.** Am 22. März hielt der Ortsverband seine Vierteljahresversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Kollegen Eden-Saabrücken über Unfallversicherung und des Kollegen Steiner über Agitation. Ersterer vertrat es in vorzüglicher Weise, die wesentlichsten Änderungen, die durch die Reichsversicherungsordnung auf dem Gebiete der Unfallversicherung vorgenommen worden sind, den Anwesenden klar und deutlich auseinanderzusetzen. Der Vortrag wurde deshalb mit reichem Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurden mehrere Anfragen gründlich beantwortet. Kollege Steiner ging in seinem Referat auf das Verlangen nach einem unabhängigen Kollegen ein, der energisch die Interessen der Mitglieder vertreten kann. In seinen Ausführungen feuerte er die Kollegen an, energisch für die Sache der Gewertvereine zu arbeiten, fest zusammenzuhalten und stets dem Ruf des Ortsverbandsausschusses zu folgen, da es nur dann vorwärts gehen kann. Kollege Eden unterstützte diese Ausführungen. Beide fanden allgemeine Zustimmung. Auch hier gab es eine anregende Diskussion. Zum Schluß wies Kollege Steiner noch auf das geplante Sommerfest hin und sprach die Hoffnung aus, daß die Kollegen sich recht zahlreich daran beteiligen. Mit Dankworten des Vorsitzenden und der Rahmung, die nächste Ortsverbandssammlung noch stärker zu besuchen, wurde die interessante Sitzung geschlossen. **Böhm, Ortsverbandsschriftführer.**

**2 Koblenz.** Am 22. März fand die Verbandsversammlung der Steinarbeitervereine statt. Der Vorsitzende erstattete zunächst den Tätigkeitsbericht über das vergangene Jahr, der als zufriedenstellend bezeichnet werden kann, da sich die neuen Vereine gut entwickelt haben. Neu eingetriedet ist die Rechtsauskunftstelle, welche vom Kollegen Richter-Jauer zur vollen Zufriedenheit der Kollegen bewaltet wird. Es folgte sodann als Hauptpunkt der Tagesordnung ein Bericht über die Tarifbewegung im Hässlicher Steinbruchsbezirk. Berichterstatter war wiederum der Vorsitzende, der den Verlauf der Bewegung ausführlich schilderte und zum Schluß seine Lehren daraus zog. Er betonte es, daß es ihm unmöglich gewesen sei, an den Schlüsselsitzungen teilzunehmen, um auf die Angriffe im „Steinarbeiter“ zu

widern zu können. Die Bewegung habe gezeigt, daß schleunigst ein Antrag gestellt werden müsse, daß der neue Beamte sich im hiesigen Bezirk genau informiert, um für die nächsten Tarifverhandlungen vorbereitet zu sein. Sollte dies nicht möglich sein, oder ein weiterer Beamter nicht angeteilt werden können, so müsse eine Kommission gewählt werden, welche rechtzeitig den Tarifvertrag vorzubereiten hat. Dieser Antrag soll auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden. Ferner habe die Bewegung gelehrt, daß der gesamte Ortsverbandsvorstand in Hässlich vertreten sein müsse.

In diese Ausführungen schloß sich eine längere Diskussion mit dem Ergebnis, daß die Maßnahmen des Vorstandes in dieser Bewegung einstimmig gebilligt wurden. Bezüglich der Rechtsauskunftstelle wurde beschlossen, die angelegte Entscheidung zu bewilligen sowie die gewünschten neuen Bücher zu beschaffen. Die Kosten sollen auf die Vereine, ihrer Mitgliedszahl entsprechend, verteilt werden. Mit der Rahmung, in jeder Verbandsversammlung pünktlich zu erscheinen, schloß der Vorsitzende die Versammlung. **E. Lichtenicher, Vorsitzender.**

### Verbands-Teil.

#### Versammlungen.

**Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewertvereine (G.-D.).** Verbandsrat der Deutschen Gewertvereine, Greifswalderstr. 22/23. Des Osterfestes wegen findet die nächste Sitzung erst am 29. April statt. **Gewertvereins-Vorstand (G.-V.).** Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr, Neuhagenstr. 1. Verbandsrat d. Deutschen Gewertvereine (Grüner Saal). Abds. 8-10 Uhr, Sonnabend 4. April. **Rafschinbau- und Metallarbeiter Xl.** Abds. 8-10 Uhr, Zahlabend bei Krull, Buttebrücke 52. Am 14. April (3. Osterfesttag) Besichtigung der Spanbauer-Berg-Bränerei, Treffpunkt Bahnhof Gesundbrunnen vorm. 8 1/2 Uhr.

#### Orts- und Regionalverbände.

**Bremen (Ortsverband).** Jeden ersten Dienstag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung im Burghof Gesellschaftshaus, Bremen, Neffenstraße. **Cottbus (Distriktsrat).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Junken, Sandwerthstr. 43. **Dessau. Gewertvereins-Vorstand** jeden Mittwoch, abds. 8-11 Uhr, Neuhagenstr. 1. **Berlin. Marktstr. 43. Eisenfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung bei Roggenkämper, Eisenfeld, Luisenstr. und Erholungstr. **Frankfurt a. O. (Gewertvereins-Vorstand).** Jeden Freitag von 8-10 Uhr, Neuhagenstr. im Vereinslokal Marktstr. 16. **Verbandskollegen** herzlich willkommen! **Selbstschütz (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreter-Sitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abds. 6-8 Uhr, Distriktsrat im Bezirkslokal von E. Simon, Alter Markt. **Hannover d. Nieschen.** Jeden dritten Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Distriktsrat bei Budewitz, Hamburg (Ortsverband). Jeden 2. Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr, Ortsverbandssammlung bei Rose, Heinestr. **Hamburg (Rebnersstraße).** Jeden Sonntag von 19 bis 11 Uhr bei Grell, Lagerstraße 2. **Hamburg (Gewert-**

**vereinslokal).** Jeden Donnerstag, Neuhagenstr. 1. **Leipzig (Gewertvereins-Vorstand).** Die Neuhagenstr. finden jeden Mittwoch abds. 9-11 Uhr im Vereinslokal Stadt Hannover, Eberhardstr. 25, Rat. Gäste aus dem Umkreis sind herzlich willkommen. **Rülheim-Nahr.** Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 88. **Ortsverband für das obere Rheingebiet.** Sonntag 5. April, nachm. 3 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung in Regen beim Wirt Vogelheim. 4 Uhr, Versammlung d. Ortsverbandssammlung bei Herrn Müller, Sandstraße 88. **Stettin (Sängerchor d. Gewertvereine).** Die Neuhagenstr. finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Sozial Klub, Marktstr. 5, Rat. **Stettin (Ortsverband).** Distriktsrat. Sitzung jed. Montag, abds. 9 Uhr d. Rebel u. Donnerstag 5. Winter 1. **Wegeln (Distriktsrat)** bei Regel, Borghagen u. Reimardstr. Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Kömer, Schillerstraße 28, Ecke Schönebergstraße. **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsverbandssammlung bei Nicolet, Marktstr. 62. **Wiesbaden, Distriktsrat.** Jeden Donnerstag, abds. 8 1/2-10 Uhr, Distriktsrat beim Kollegen Gmel. **Wiesbaden a. G. (Sängerchor „Harmonie“ der Deutschen Gewertvereine).** Neuhagenstr. 1. **Wiesbaden, abds. 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Rohrgarten“.** **Wiesbaden, Gewertvereinskollegen** sind willkommen. **Wiesbaden (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat, Distriktsrat in Hermanns Garten. **Worms (Ortsverband).** **Wiesbaden, Gewertvereine (G.-D.)** jeden Montag, abds. 9 Uhr, Sitzung im Verbandslokal „Neuhagen“

#### Eingegangene Bücher und Broschüren.

**Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht.**  
**Soziale Gebichte.** Materialsammlung für Schlußfeste Heimlicher Arbeiterzürge, zusammengestellt und eingeleitet von Werner E. Woymann. 16 u. 17. Heft. Preis 80 Hfg. Herausgegeben vom Sekretariat Sozialer Studentenarbeit. Volkvereins-Verlag, O. m. B. S.  
**Die religiöse Gegenwart der Sozialdemokratie.** Eine alterwürdige Beleuchtung der Stellung der Sozialdemokratie zu Göttern und Kirche. Von Dr. Hugo Singheim. Frankfurt a. M. Preis: Geb. 1 Mk. Verlag: von Franz Kahlen, Berlin W. 8. 5. Johannisstr. 6.  
**Wichtige Nachrichten des Reichsversicherungsamtes.** Titelblatt, Sachregister, Geschehnisse. Heyden & Co., Berlin.  
**Ueber den Grundgedanken und die Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland.** Von Dr. Hugo Singheim. Frankfurt a. M. Preis: Geb. 1 Mk. Verlag: von Franz Kahlen, Berlin W. 8. 5. Johannisstr. 6.

## Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.



**Teilzahlung**  
Uhren und Goldwaren,  
Photoartikel, Feldstech.,  
Sprechmaschinen, Musik-  
instrumente, Spielwaren,  
Koffer usw.  
Kataloge gratis und franko  
**BERLIN A. 571**  
JONAS & Co. Belle-Alliance-Str. 3

**Hausen.** Durchreisende erh. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei G. Gerbe, Wend. Graben 20.

**Oberrheinischer Ortsverband, Eis-Gliedern.** Unterführung von 75 Hfg. an wandernde Kollegen des Ernst Böfer jun. in 4. Leinberg, Malhausstr. 82, mittags von 12-1 und abds. von 6-8 Uhr.

**Epolda (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 75 Hfg. Sozialunterst. bei Hrn. Ortsvereins-Fassierer, Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten, bei W. Rndt, Königstr. 21.

**FAHNEN.**  
Schärpen, Ehren diplome,  
Vereinsabzeichen etc.  
gut und billig bei  
**Theobald Berkop**  
in Oppeln in O.-S.

**Fr. Stargard (Ortsverband).** Durchreisende Gewertvereinskollegen erhalten 0,75 Mk. bei dem Ortsverbandsfassierer E. Hermann, Markt 82.

**Spandau (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen aller Berufe erhalten ein Ortsverbandsgeschenk von 75 Hfg. im Sozial von M. Schneiderath, Mollk. und Vikarstr.-Ecke.

**Prenglan (Ortsverb.).** Durchreisende arbeitslose Kollegen erhalten 75 Hfg. Ortsgehalt bei Dittmar, Fischerstr. 666.

**Biberach a. Nth (Ortsverb.).** Durchreisende Gewertvereinskollegen erhalten 1 Mk. Ortsgehalt, beim Ortsverbandsfassierer J. Schneider, Saulgauerstr. 24. Sondergabe zum roten Dänen, Marktpl.

**Rattowitz (O.-Schl.).** Durchreisende Gewertvereinskollegen erhalten 75 Hfg. Ortsverbandsgeschenk beim Fassierer, Kol. Georg Schmiere, Goethestr. 11 part. (Mittags 12-1, abds. nach 6 Uhr).

**Friedrich Raumann.**  
**Neuendeutsche**  
**Wirtschaftspolitik**  
3. Veränderte Auflage.  
Hortschritt (Buchverlag der „All“) O. m. B. S. Berlin-Schöneberg 1911

Das anschaulich und fesselnd geschriebene Buch behandelt in den 3 Hauptabschnitten 1. Das neue Wirtschaftswelt. 2. Die Materie in der Wirtschaft. 3. Der Gütertausch. 4. Die Organisation der Arbeit. 5. Der Staat im Wirtschaftsleben. Das Buch ist in dauerhaftem Leinenband für Gewertvereinsmitglieder zum Vorzugspreis von 3 Mk. einschließlich Porto vom Verbandsbureau zu beziehen. Bestellungen sind unter gleichzeitiger Einbringung des Betrages an den Verbandsfassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 22/23 zu richten.

**Gayman i. Schles. (Ortsverb.).** Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterführung von 75 Hfg. ausgezahlt beim Ortsverbandsfassierer H. Walter, Pleignstr. 43. Anweisungen sind bei den Vereinsfassierern zu haben.

**Ichthendorf i. Schl. (Ortsv. d. Waijnenbauer).** Durchreisende Gewertvereins-Kollegen erhalten eine Unterführung von 75 Hfg. beim Fassierer Ernst Ritzschke.

Zur Anschaffung bringen zu empfehlen:  
**Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.**  
Von Karl Goldschmidt.

Ein Leitfadens für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908.  
Preis pro Exemplar für Mitglieder 20 Hfg. 6 Stück 1,00 Mk., 12 Stück 1,80 Mk.  
Bei Bestellungen, die an den Verbandsfassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 22/23 zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsbillett erfolgen.

**Burg b. Magb. Durchreisende** Kollegen erhalten 50 Hfg. Ortsverbandsgeschenk beim Fassierer Otto Lieb, Weinbergstr. 21.

**Chemnitz (Ortsverband).** Das Geschenk für Durchreisende wird bei den Ortsvereinsfassierern, die nicht vorhandenen Besuchen nur beim Ortsverbandsfassierer, Kol. Paul Müller, Bernsdorferstraße 81, abends von 6-8 Uhr ausgezahlt.

**Freßlau (Ortsverband).** Durchreisende durchreisende Kollegen erhalten beim Ortsverbandsfass. Berthold Lindner, Rathstr. 6.

**Hohenmölsen (Ortsverband)** Durchreisende Kollegen jeden Freitag erhalten Reifeunterstützung beim Kollegen Robl, Nordstr.

**Hefernmünde und Hungen (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Reifeunterstützung hierzu in Hefernmünde beim Kollegen Aug. Krug, Königstr. 6. In Hungen beim Kollegen Richard Preis, Friedrichstr. 16.

**Hannau (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 75 Hfg. Unterführung vom Nachtlager aus dem Bureau des Maschinenbauers, Wilhelmstr. 18.